

Die deutsche Steinkohle

Ihre Bedeutung in der Vergangenheit und ihre Chancen in der Zukunft

Die Bergwerksgesellschaft Walsum Aktiengesellschaft, Walsum, stellte dem Geschäftsbericht 1964 einen Beitrag ihres Vorstandes voran, der nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben wird.

Die Kohle hat eine lange und wechselvolle Geschichte. Ihre große wirtschaftliche Bedeutung erlangte sie jedoch erst mit dem Beginn der Industrialisierung. Innerhalb weniger Jahrzehnte entwickelte sich die Steinkohle zum unentbehrlichen Energieträger und wertvollen Rohstoff. Der räumliche und technische Verbund von Kohle und Eisen bestimmten den Standort der großen Industriezentren der Welt, unter denen das Ruhrgebiet mit seinem reichen Steinkohlenvorkommen bis heute einen beachteten Platz einnimmt.

Der deutsche Kohlenmarkt wies seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts alle Erscheinungen zwischen Überangebot und Knappheit auf. Die jeweiligen Konjunkturlagen bzw. politischen Krisenzeiten lassen sich bis 1957 nahezu exakt an der Entwicklungslinie der Steinkohlenförderung ablesen. Als die derzeitige Strukturkrise im Jahre 1958 anbrach, waren es genau hundert Jahre her, daß der Ruhrbergbau im Anschluß an die Gründerzeit der 1850er Jahre in seine erste größere Absatzkrise geraten war. Auch nach der zweiten Gründerperiode zwischen 1871 und 1874 drängte ein großer Kohlenüberfluß auf den Markt. Die schwankenden Verhältnisse am Kohlenmarkt hatten schon 1858 Veranlassung zur Gründung des Bergbauvereins gegeben, der die Interessen des Steinkohlenbergbaus in der Öffentlichkeit wahrnahm. Als schließlich 1893 nach langen Verhandlungen das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat geschaffen werden konnte, waren die Voraussetzungen für ein gemeinsames wirtschaftliches Handeln und eine bessere Ordnung der Marktverhältnisse für die Kohle gegeben. Der eindrucksvolle Aufschwung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr, der 1913 bereits eine Förderung von 114 Mill. t erreichte, ist nicht zuletzt auf diese beiden wichtigsten Gemeinschaftsorganisationen der Zechengesellschaften zurückzuführen.

Höhepunkt und Zusammenbruch

Der erste Weltkrieg unterbrach die bis dahin steile Aufwärtsentwicklung. Kohlenknappheit und Absatzstockungen wechselten in den 20er Jahren einander ab. Der Hochkonjunktur von 1929 folgte dann die große Weltwirtschaftskrise, die in Zechenstilllegungen, Feierschichten und einem Tiefstand der Ruhrkohlenförderung von 73 Mill. t im Jahre 1932 ihren Ausdruck fand. Auf Grund der politischen Verhältnisse nahm der Staat seit 1933 in verstärktem Maße Einfluß auf die Kohlenwirtschaft. Die Autarkiebestrebungen brachten die Förderung des Ruhrbergbaus im Jahre 1937 auf die bisher nicht wieder erreichte Höhe von fast 128 Mill. t. Unter kaum vorstellbaren Schwierigkeiten mußte die Produktion 1945 nach dem völligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch wieder aufgenommen werden. Die heimische Kohle mit ihren Veredlungserzeugnissen bildete in diesen Jahren mehr als je zuvor die Basis für den Ausbau unserer Wirtschaft. Mit der Eingliederung in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den mehrfachen Neuregelungen des Kohlenverkaufs auf Grund der Bestimmungen des Montanunion-Vertrages hat der deutsche Steinkohlenbergbau manche Vorleistungen zur Verwirklichung des Europa-Gedankens erbracht.

Trotz allen widrigen Zeitumständen, die sich tiefgreifend auf die Grundstoffindustrie und besonders auf die Kohlenwirtschaft auswirkten, hat der Steinkohlenbergbau als einer der wichtigsten Träger der industriellen Entwicklung eine hervorragende Stellung in der Volkswirtschaft hinsichtlich seiner Wertschöpfung und Exportleistung sowie als Verbraucher und Einkommensquelle eingenommen. Bis zum Jahre 1957 war die heimische Steinkohle unbestritten der weitaus bedeutendste Energieträger für die deutsche Volkswirtschaft.

1958 die entscheidende Wende

Im Jahre 1958 vollzog sich die entscheidende Wende für den deutschen Steinkohlenbergbau. Das Überangebot an Mineralöl auf dem Weltmarkt und das starke Absinken der Frachttarife für den Atlantikverkehr verschoben die Preisrelation zwischen der deutschen Steinkohle einerseits sowie dem Heizöl und der amerikanischen Kohle andererseits in einem solchen Maße, daß der deutsche Steinkohlenbergbau in seine bisher schwerste Absatzkrise geriet. Die gegenüber der Importkohle angewendeten wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben sich zusammen mit der gemeinschaftlichen Ablösungsaktion der Zechengesellschaften sehr bald positiv ausgewirkt. Dagegen hat sich die Einführung der Heizölsteuer, die das stürmische Vordringen des Heizöls auf dem deutschen Markt in ruhigere Bahnen lenken sollte, als keineswegs zureichend erwiesen. Der Heizölverbrauch stieg von 9 Mill. t Steinkohleneinheiten (SKE) im Jahre 1957 auf 56 Mill. t SKE im Jahre 1964. Damit ergaben sich grundlegende Veränderungen in der Struktur des Energieverbrauchs in der Bundesrepublik. Bei einem Anstieg des Verbrauchs an Primärenergie von 1957—1964 um 31,7 % hat sich der Steinkohlenverbrauch im gleichen Zeitraum um 11 % verringert. Das Mineralöl konnte seit 1957 mehr als den gesamten Zuwachs des Energieverbrauchs gewinnen. Der Anteil der Steinkohle an Primärenergieverbrauch ist auf Grund dieser Entwicklung ständig zurückgegangen, und zwar von 68,8 % im Jahre 1957 auf 59,6 % in 1960 und 46,4 % in 1964. Er ist damit also auf weniger als die Hälfte des gesamten Verbrauchs gesunken. Dabei hat das Mineralöl 1964 bereits einen An-

teil von 36,6 % gegenüber 1957 von 11,9 % erreicht und das Heizöl allein einen solchen von 21,3 % gegenüber 4,6 %.

In den ersten Monaten des Jahres 1965 hat sich dieser Trend der Entwicklung fortgesetzt. Aus der Erhöhung der Gesamthaldebestände an Kohle und Koks um 4 Mill. t in 1964 und um weitere 5,5 Mill. t bis Ende April 1965 auf wieder über 13 Mill. t wird sichtbar, daß die Strukturkrise im westdeutschen Steinkohlenbergbau unvermindert anhält. Die vergleichsweise besseren Absatzmöglichkeiten im Jahre 1963 waren eine Folge des strengen Winters, der die Auswirkungen des Strukturwandels auf dem Energiemarkt vorübergehend überdeckt hat. Werden für 1964 noch die besonders gute Stahlkonjunktur und die hohe Beschäftigung der Wärmekraftwerke auf Grund des trockenen Sommers berücksichtigt, die den Kohlen- bzw. Koksabsatz an diese Abnehmer begünstigten, so zeigt sich um so deutlicher, daß die Kohle auf anderen Märkten von Jahr zu Jahr verliert.

Heizöl und Erdgas als Konkurrenten

Eine Analyse des Absatzes der letzten Jahre an traditionelle Verbraucher von Steinkohle, wie Gaswerke, Verkehrsbetriebe und die Gruppe der übrigen Industrie, läßt erkennen, daß die Chancen der Kohle in diesen Bereichen trotz guter Beschäftigung mehr oder weniger stark rückläufig sind. Hier wirken sich die preislichen und technischen Vorteile des Heizöls aus. Als zusätzlicher Konkurrent wird in den nächsten Jahren das Erdgas mit seinen wahrscheinlich noch günstigeren Bedingungen auftreten. Auch auf den Auslandsmärkten wird der Absatz deutscher Steinkohle durch die gleiche Entwicklung beeinträchtigt und hier zugleich noch durch die Konkurrenz amerikanischer und osteuropäischer Kohle immer stärker bedrängt.

Bei dieser Betrachtung erhebt sich die Frage, welche Verbraucher in der mit einiger Sicherheit überschaubaren Zukunft ins Gewicht fallende Kohlenmengen abnehmen werden. Zunächst ist die eisen-schaffende Industrie zu nennen, die nach dem heutigen Stand der Technik auf

Kohle bzw. Koks angewiesen ist. Bei der hohen Kostenbelastung der Stahlproduktion durch den Kokeinsatz werden die Hüttenwerke jedoch Mittel und Wege suchen, den spezifischen Kohlenverbrauch weiter zu senken, so daß für eine wesentliche Zunahme des Absatzes in diesem Industriezweig selbst bei zu erwartender Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion nur geringe Aussichten bestehen. Ein zweiter Großverbraucher war in bisher steigendem Maße die Stromwirtschaft. Hier bestehen auch für die Zukunft gute Möglichkeiten für eine Erweiterung des Absatzes. Dabei muß es der Kohle jedoch gelingen, preislich gegenüber den Konkurrenzenergien, einschließlich dem Strom aus Atomkraftwerken, attraktiv zu bleiben. Die jüngst eingeleiteten staatlichen Maßnahmen bieten hierfür gewisse Voraussetzungen. Ein dritter Hauptabnehmer wird nach wie vor der Hausbrand sein. Selbst bei weiteren Einbrüchen des Heizöls und künftigen des Erdgases in diesen Markt kommt der Kohle doch zumindest als gewisser Ausgleich die anhaltende Bautätigkeit sowie die steigende Anwendung von Fernwärme auf Kohlebasis zugute.

Jahresproduktion zu hoch

Wenn keine wirklich grundlegenden und schnellen Entscheidungen in der Energiepolitik der Bundesrepublik zugunsten der Steinkohle getroffen werden, ist also die seit Jahren erbrachte und auch von der Bundesregierung als Maßstab genannte Jahresförderung des gesamten westdeutschen Steinkohlenbergbaus von 140 Mill. t und damit auch die des Ruhrbergbaus von 115 Mill. t wesentlich zu hoch. Weder ein weiterer Anstieg der Halden noch eine alle Zechen etwa gleichmäßig belastende Fördereinschränkung können als wirtschaftlich sinnvoll und tragbar angesehen werden. So bleibt unter den heutigen Voraussetzungen wohl keine andere Wahl, als die über-zähligen Kapazitäten unter Berücksichtigung der sozialen Belange der betroffenen Belegschaften stillzulegen mit dem Ziel, Förderung und Absatz auf die wirtschaftlichen Zechen zu konzentrieren. Die unmittelbar mit den Stilllegungen verbundenen Kosten sowie die erheblichen Folgekosten dürfen jedoch nicht den verbleibenden Zechen aufgebürdet werden, wenn diese Maßnahme nachhaltig wirk-

sam sein soll. Um aber die Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit des Steinkohlenbergbaus in seinem dann begrenzten Rahmen zu wahren, muß dieser seinerseits alle Möglichkeiten der Rationalisierung weiter nutzen. Neben den bisher schon mit Erfolg eingeleiteten betrieblichen Maßnahmen müssen verstärkt überbetriebliche Rationalisierungsmöglichkeiten ins Auge gefaßt werden, besonders hinsichtlich der Feldebereitung, der optimalen Konzentration von Förder- und Aufbereitungsanlagen, des Baues von Gemeinschaftskraftwerken und des Zusammenschlusses von Unternehmen zur Senkung der Gemeinkosten.

Nicht zuletzt aber müssen der deutsche und darüber hinaus der gesamte westeuropäische Bergbau sowie die mit ihnen verbundenen staatlichen und überstaatlichen Institutionen noch stärker als bisher die Forschung intensivieren, um neue Verwendungsmöglichkeiten und damit zusätzliche Absatzmärkte für die Kohle zu erschließen.

Alle Erörterungen über umfangreichere Zechenstilllegungen werden jedoch stets von dem Argument begleitet, daß einmal aufgegebene Bergbaukapazitäten in Zeiten wieder wachsenden Kohlenbedarfs nicht kurzfristig und nur unter sehr hohen Aufwendungen erneut zur Verfügung gestellt werden können. Wird als Ursache einer künftigen Kohlenknappheit eine politische Krise angenommen, so kann sich in der Tat die Marktsituation schlagartig ändern. Es bestehen dann keine Möglichkeiten, in kürzester Frist die Steinkohlenförderung erheblich zu steigern. Für diese Situation ist aber allein die staatliche Sicherheitspolitik zuständig, die das Maß der Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen selbst bestimmen und verantworten muß. In den anderen Fällen, z. B. bei Versiegen der Mineralöl- und Erdgasquellen, wird ein wieder steigender Kohlenbedarf nicht plötzlich auftreten. Er wird viele Jahre vorher abzusehen sein, so daß rechtzeitig neue Bergbaukapazitäten erstellt werden können. Unter diesem Aspekt ergibt sich die Frage, welches Vorgehen wirtschaftlich sinnvoller ist, unrentable Zechen mit Hilfe von Zuschüssen möglicherweise jahrzehntelang durchzuschleppen oder im Bedarfsfall moderne und damit kostengünstiger arbeitende Anlagen neu

zu errichten, erforderlichenfalls mit Unterstützung der öffentlichen Hand.

Zu dieser Alternative zwingt die augenblickliche energiepolitische Situation in der Bundesrepublik, obwohl im Bereich der Montanunion der deutsche Steinkohlenbergbau der leistungsfähigste ist. Bei einer einheitlichen europäischen Energiepolitik kämen für Stilllegungen im Zuge weiterer Rationalisierungsmaßnahmen zunächst die Zechen der anderen Länder der Montanunion in Betracht. Diese Staaten schützen ihren Steinkohlen-

bergbau und ihre übrigen Energiequellen jedoch aus nationalen Gründen erheblich stärker, als es in der Bundesrepublik der Fall ist. So wird in absehbarer Zeit auch nicht mit einer gemeinsamen und umfassenden, alle Energieträger einschließenden europäischen Konzeption und — was noch wichtiger ist — Aktion zu rechnen sein. Aus diesem Grunde **bleibt nur** übrig, die Zukunftsaussichten des deutschen Steinkohlenbergbaus aus seiner eigenen derzeitigen Lage und der Perspektive der Bundesrepublik zu beurteilen und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.